

Medienmitteilung

Vorstand SODK stellt sich entschieden gegen die Sparmassnahmen des Bundes im Asylbereich

Bern, 28. März 2025 – Der Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat an seiner heutigen Sitzung in Bern eine breite Palette aktueller Geschäfte im Sozialbereich beraten. Im Zentrum standen die vorgesehenen Kürzungen des Bundes im Asylbereich, die bundesrätliche Botschaft zur Einführung eines Schuldkonkursverfahrens für Privatpersonen, die verzögerte Inbetriebnahme der neuen Opferhilfe-Kurznummer sowie Empfehlungen zur Schadensminderung im Bereich der Suchtpolitik.

SODK tritt Kürzungen der Globalpauschale im Rahmen des Sparprogramms entgegen

Der Vorstand SODK hat sich heute mit der EJPD-Co-Generalsekretärin Nora Bertschi über die Sparmassnahmen des Bundes im Asylbereich ausgetauscht und ihr dabei mitgeteilt, dass er diese dezidiert ablehnt. Die Kantone sind auf eine verlässliche und planbare Finanzierung angewiesen, um ihre Aufgaben im Bereich der Unterbringung und Integration von Asylsuchenden wahrzunehmen. Die SODK betont einmal mehr, dass eine einseitige Kürzung der Mittel seitens Bund eine Kostenabwälzung auf die Kantone zur Folge hat und damit mittelfristig die Integrationsarbeit in den Kantonen unterminieren kann. Die SODK wird im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Sparpakets deutlich auf die mit der Kürzung verbundenen Risiken hinweisen.

SODK unterstützt Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs in der angepassten Form

Der Bundesrat hat im Januar 2025 seine Botschaft zur Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts verabschiedet. Im Zentrum steht die Einführung eines Konkursverfahrens für natürliche Personen, welches stark verschuldeten Personen einen Neustart ermöglichen soll. Dieses neue Instrument soll überschuldeten Privatpersonen eine zweite Chance ermöglichen und zu einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reintegration beitragen. Die SODK unterstützt dieses Vorhaben grundsätzlich und sieht darin ein wirksames Instrument gegen Überschuldung und Armut. Der Vorstand begrüsst, dass zentrale Anliegen aus der Vernehmlassung in die Vorlage eingeflossen sind. So anerkennt er insbesondere die vorgeschlagenen Schutzmechanismen zur Missbrauchsvermeidung sowie neue Elemente wie die Berücksichtigung von anfallenden Erbschaften und Lotteriegewinnen nach Abschluss des Verfahrens für die Konkursmasse. Die SODK wird ihre Position im Rahmen der weiteren parlamentarischen Beratung aktiv einbringen.

Verzögerung bei der Einführung der zentralen Opferhilfe-Telefonnummer

Im Beisein von BAKOM-Direktor Bernard Maissen und dem Ko-Direktor des Eidg. Büros für Gleichstellung von Frau und Mann, Gian Beeli, hat sich der Vorstand ausgetauscht über den Stand der Arbeiten bezüglich der neuen Kurznummer für Gewaltbetroffene. Die für November 2025 geplante Inbetriebnahme verschiebt sich wider Erwarten um sechs Monate auf den 1. Mai 2026. Gründe für die Verzögerung sind einerseits rechtliche Herausforderungen (die notwendige Anpassung der entsprechenden Verordnung) sowie die hohe Komplexität der Implementierung auf technischer Ebene, insbesondere die geografische Zuordnung von Anrufen. Da seit über 20 Jahren keine neue Kurznummer mehr implementiert wurde und sich in dieser Zeit das Umfeld der Telekommunikation stark entwickelt hat, fehlten entsprechende Erfahrungswerte.

Bund und Kantone arbeiten gemeinsam an der Einrichtung einer zentralen Opferhilfetelefonnummer, die Betroffenen rund um Uhr professionelle Hilfe bieten soll. Die SODK betont, dass der Zugang zu den Hilfsangeboten der Opferhilfe, der Schutzunterkünfte, der Polizei und anderer Kriseninterventionsorgane während der Übergangszeit bis zum Mai 2026 über die bestehenden Kanäle sichergestellt ist.

Bund und Kantone prüfen Massnahmen für die Übergangszeit, um den Zugang für Gewaltbetroffene zu Unterstützungsangeboten zu verbessern.

Empfehlungen zur Stärkung der Schadensminderung in der Suchtpolitik

Der Vorstand der SODK hat weiter die Empfehlungen zur Stärkung der Schadensminderung im Bereich der Suchtpolitik gutgeheissen und empfiehlt diese dem Plenum zur Annahme. Die Empfehlungen wurden durch die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) erarbeitet und greifen aktuelle Herausforderungen wie den gestiegenen Crack-Konsum und die drohende Ausbreitung synthetischer Opioide auf. Ziel ist es, die interkantonale Zusammenarbeit zu stärken, die Angebotsplanung zu verbessern und einen chancengleichen Zugang zu schadensmindernden Angeboten in allen Regionen der Schweiz zu gewährleisten. Der SODK-Vorstand hat diese Empfehlungen in zweiter Lesung behandelt und mit geringfügigen Anpassungen ans Plenum überwiesen. Insbesondere wurde zur Berücksichtigung der Anliegen kleinerer Kantone die Möglichkeiten für regionale Lösungen und Absprachen explizit aufgenommen.

Weitere Auskünfte:

Regierungsrat Mathias Reynard, Präsident SODK
Tel. 027 606 22 00 / Mob. 079 123 45 67
E-Mail: mathias.reynard@vs.ch

Gaby Szöllösy, Generalsekretärin SODK
Tel. 031 320 29 95 Mob. 076 336 47 98
E-Mail: gaby.szelloesy@sodk.ch